

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

11. Wahlperiode

25.11.1991

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1992

**Einzelplan 03 - Innenminister -
- Drucksachen 11/2450 und 11/2723 -**

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
11. WAHLPERIODE

**VORLAGE
11/886**

**Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Ausschusses für Innere Verwaltung**

Berichterstatter Abgeordneter Frechen SPD

Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 03 wird mit den aus dem Bericht ersichtlichen Änderungen angenommen.

Datum des Originals: 25.11.1991/Ausgegeben: 27.11.1991

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 11 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.

Bericht

Allgemeines

Der Ausschuß für Innere Verwaltung hat den Entwurf des Einzelplans 03 - Innenminister - in seinen Sitzungen am 10. Oktober und 7. November 1991 beraten. Die Abstimmung über den Einzelplan und die hierzu eingebrachten Änderungsanträge der Fraktionen fand am 21. November 1991 statt. Gegenstand der Beratungen war neben dem Entwurf des Haushaltsgesetzes und des Einzelplans 03 die Ergänzung der Landesregierung - Drucksache 11/2723 - sowie der Gesamtüberblick zu Einzelplan 03 - Vorlage 11/766 - mit Anlage (Band A und Band B).

Eine Darstellung der Mehrkosten durch Umsetzung des Gutachtens zur Funktionsbewertung im Polizeivollzugsdienst übersandte der Innenminister mit Schreiben vom 15. Oktober 1991 - Vorlage 11/810 -.

Sein Schreiben vom 5. November 1991 - Vorlage 11/838 - enthält eine Auflistung der laufenden und der für 1992 beabsichtigten Gutachten sowie eine Darstellung der Notwendigkeit der Errichtung eines Schutzbauwerks für den WDR zur Sicherstellung einer Rundfunkversorgung im Verteidigungs- bzw. im Katastrophenfall. Die jährliche Übersicht über die im Polizeivollzugsdienst geleistete Mehrarbeit wurde an den Ausschuß als Vorlage 11/864 verteilt. Über die Studiensituation an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen unterrichtete der Innenminister den Ausschuß mit Schreiben vom 18. November 1991 - Vorlage 11/875 -.

Einbezogen in die Beratungen wurden ferner

- Schreiben der Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Nordrhein-Westfalen - vom 1. Oktober 1991 - Zuschrift 11/982
- Schreiben der Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Nordrhein-Westfalen - zur Funktionsbewertung für die Polizei vom 18. Oktober 1991 - Zuschrift 11/1011
- Schreiben der Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Nordrhein-Westfalen, Kreisgruppe Düsseldorf - vom 7. November 1991 zur Umstrukturierung des Fluggastkontrolldienstes - Zuschrift 11/1066
- Eingabe der Studentenvertretung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Abteilung Köln vom 10. Oktober 1991 - Zuschrift 11/1082 sowie
- Stellungnahme der Deutschen Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund - Landesverband Nordrhein-Westfalen - zum Stellenplan für die Polizei vom 14. November 1991 - Zuschrift 11/1109.

Die Fraktion DIE GRÜNEN legte in der Abstimmungssitzung drei Änderungsanträge zu Kapitel 03 810 (Titel 681 13, 681 33 und 685 00) vor, mit denen im Vorgriff auf eine von dieser Fraktion geplante Gesetzesinitiative die Kosten dieses Gesetzgebungsvorhabens bereits etatisiert werden sollten. Zur Begründung wies ihr Sprecher darauf hin, die unbefriedigende Regelungssituation auf dem Gebiet der Wiedergutmachung bedürfe einer dringenden

Landesgesetzgebung, die eine angemessene Versorgung der in Nordrhein-Westfalen lebenden Verfolgten des Nationalsozialismus sicherstelle. Kernstück dieser Versorgung sollten Rentenleistungen sein, die den Verfolgten einen Lebensabend ohne materielle Not und besondere Leistungen im Bereich der Heilverfahren und Krankenversorgung für an verfolgungsbedingten Spätschäden leidenden Betroffenen sicherstelle. Außerdem sollten die Verfolgtenorganisationen in ihrer Betreuungsarbeit stärker unterstützt werden. Vorgesehen nach diesen Anträgen war eine Erhöhung der Mittelansätze

bei Titel 681 13 um 36 300 000 DM
bei Titel 681 33 um 1 900 000 DM sowie
bei Titel 685 00 um 148 000 DM.

Nach Erörterung im Ausschuß und Hinweis darauf, daß einer Etatisierung dieser Summen die Rechtsgrundlage fehle, nahm der Sprecher der Fraktion DIE GRÜNEN die Anträge zurück.

Ergebnis

Der Entwurfs des Einzelplans 03 wurde in der Sitzung am 21. November 1991 mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. mit den beschlossenen Änderungen angenommen.

Hinsichtlich des Abstimmungsergebnisses zu den einzelnen Änderungsanträge wird auf die Anlage verwiesen.

Personaltitel

Zu Antrag lfd. Nr. 1

Die Fraktion der SPD wies zur Begründung darauf hin, zur Zeit würden fünf Planstellen des höheren Dienstes der Schutz- und Kriminalpolizei für Fachbeamte bei den zentralen Polizeidienststellen, der Landeskriminalschule und der höheren Landespolizeischule in Anspruch genommen, weil die erforderlichen Planstellen für Beamte besonderer Fachrichtungen nicht zur Verfügung stehen, die Besetzung der entsprechenden Funktionen für eine sachgerechte Aufgabenerfüllung der Polizeieinrichtungen jedoch unabweisbar sei. Da die Planstellen dringend für den Polizeivollzugsdienst zur Verbesserung der Führungsspanne benötigt würden, sollten Planstellen des mittleren Polizeivollzugsdienstes in entsprechende Verwaltungsstellen umgewandelt werden. Der Verzicht auf sieben Stellen des mittleren Dienstes entspreche dem Besoldungsaufwand von fünf Stellen des höheren Dienstes.

Zu Antrag lfd. Nr. 2

Die Fraktion der CDU bezeichnete ihren Antrag als richtungweisend für den kommenden Haushalt. Sie will hiermit in einem ersten mutigen Schritt die Umsetzung des Funktionsgutachtens beginnen.

Es sei an einen Stufenplan gedacht, der in einem überschaubaren Zeitraum zu verwirklichen sei. Durch den ersten Schritt würden Zeichen gesetzt und dem Polizeivollzugsdienst Perspektiven eröffnet. Der Sprecher der SPD-Fraktion bemerkte hierzu, man sei sich einig in der Sache, auch hinsichtlich eines Einstiegs in die Funktionsbewertung und ihrer Umsetzung bereits im Haushaltsjahr 1992. Die fraktionsinterne Diskussion über das "Wie" sei aber noch nicht abgeschlossen. Eventuell würde ein entsprechender Antrag zu den Haushaltsberatungen nachgereicht. In dem Umfang des CDU-Antrages sei ein erster Umsetzungsschritt allerdings nicht zu realisieren, daher würde der Antrag der Fraktion der CDU abgelehnt. Das Funktionsgutachten sei erst vor kurzer Zeit vorgelegt worden. Ein sinnvolles Gesamtkonzept, welches auch die Auswirkungen auf Organisation und Ausbildung berücksichtige, habe so kurzfristig nicht erarbeitet werden können. Es solle aber ein erstes Signal gesetzt werden, hierüber müsse noch Einigung erzielt werden.

Zu Antrag lfd. Nr. 3

Auch zu diesem Antrag der CDU-Fraktion signalisierte die SPD-Fraktion ihre ablehnende Haltung mit Hinweis auf die unmögliche Finanzierbarkeit, wenn auch in der Tendenz Einvernehmen bestünde.

Zu Antrag lfd. Nr. 4

Die SPD-Fraktion erinnerte daran, bei Titel 425 10 seien 1989 insgesamt 83 Angestelltenstellen zur Überbrückung von als notwendig erkannten Personalverstärkungen im Polizeidienst befristet bis zum 31. Dezember 1992 eingerichtet worden. Mit diesen einzustellenden Angestellten sollte unter anderem die Ausbildungszeit der PHW-Anwärter, die erst vier Jahre nach Einstellung und Ausbildung zur Verfügung stehen, überbrückt werden. Die Angestellten hätten ihren Zweck voll erfüllt. Sie hätten den Vollzugsdienst in verschiedensten Bereichen, für die eine polizeiliche Ausbildung nicht erforderlich sei (Bürodienst, Schreibdienst, technischer Dienst, Gewahrsamsdienst), entlastet. Diese Entlastung sollte durch Verlängerung der kw-Vermerke um ein weiteres Jahr ermöglicht werden. Die Sprecherin der F.D.P.-Fraktion kündigte ihre Stimmenthaltung an.

Die CDU-Fraktion stimmte dem Antrag zu, wies aber darauf hin, daß nach ihrer Auffassung die Stellen auf Dauer gebraucht würden und nicht wegfallen dürften.

Zu Antrag lfd. Nr. 5

Die Situation der Fachhochschule für den öffentlichen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen war bereits Gegenstand der Ausschüßberatungen am 7. November 1991. In dieser Sitzung bat der Ausschüß den Innenminister, in einer schriftlichen Vorlage die

Studiensituation darzustellen und insbesondere das Verhältnis hauptamtlicher zu nebenamtlich Dozierenden darzustellen. Inso- weit wird auf die Vorlage 11/875 verwiesen. Die Fraktion der SPD begründete ihren Antrag mit Hinweis auf das angestrebte, aber noch nicht erreichte Ziel, zur Sicherung der Qualität der Aus- bildung einen 60prozentigen Anteil der hauptamtlichen Dozenten zu erzielen. Zur Sicherstellung des Praxisbezuges der Lehre durch nebenamtliche Praktiker soll ihr Anteil 40 % betragen und aus der Verwaltung abgedeckt werden. Zur Zeit betrüge der Anteil der hauptamtlichen Dozenten lediglich 35,9 %. Bei einer Auf- stockung auf 60 % wären nach dem jetzigen Stand 81,5 zusätzliche Planstellen erforderlich. Um schrittweise den 60prozentigem Anteil zu erreichen, sollten im kommenden Haushaltsjahr zunächst 16 weitere Stellen eingerichtet werden.

Sachtitel

Zu Antrag lfd. Nr. 1

Die SPD-Fraktion beantragte die Verdopplung der Verpflichtungs- ermächtigung. Für den Neubau des Schutzbereiches Nord des Poli- zeipräsidiums Gelsenkirchen sei bereits seit 1990 ein Bautitel eingerichtet. 1992 wären weitere Kosten der vorbereitenden Pla- nung in Höhe von 200 000 DM vorgesehen. Da der Planungsauftrag erteilt und die Haushaltsunterlage in Kürze fertiggestellt wäre, könnte 1992 mit dem Bau begonnen werden. Als erster Teilbetrag reiche der vorgesehene Mittelansatz aus. Allerdings sei für die vorgesehene Auftragsvergabe über die vorgesehene Verpflichtungs- ermächtigung hinaus eine weitere Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 500 000 DM erforderlich. Bedenken äußerte der Sprecher der CDU-Fraktion bezüglich des Deckungsvorschlages, während die Sprecherin der F.D.P.-Fraktion die Situation des LKA als uner- träglich bezeichnete und hier keine Mittel absetzen möchte. Inso- weit wies der Innenminister jedoch darauf hin, daß die bau- liche Erweiterung des Landeskriminalamtes hierdurch nicht ver- zögert würde.

Zu Antrag lfd. Nr. 2

Der Sprecher der antragstellenden Fraktion wies darauf hin, daß im Entwurf des Einzelplans das Gutachten über die Einsetzung der Informations- und Kommunikationstechniken (vgl. Vorlage 11/540) durch die Etatisierung von 21 000 000 DM berücksichtigt werde. Die CDU-Fraktion hielt diesen Mittelansatz allerdings nicht für ausreichend, sondern mehrere Jahresraten von je 30 000 000 DM für angemessen und notwendig.

Reinhard
Vorsitzender

Änderungsanträge der Fraktionen
im Ausschuß für Innere Verwaltung

zum Einzelplan 03

- Personal -

| Lfd. Nr. des Antrags | Antragsteller (Fraktionen) | Antrag (evtl. Begründung) | Abstimmungsergebnis |
|-------------------------|-------------------------------|---|---|
| 1. | SPD | Kapitel 03 110 Titel 422 10 Erhöhung der Stellenzahl der Planstellen der BesGr A 13 h. D. um 5 Stellen bei gleichzeitigem Wegfall von 3 Planstellen der BesGr A 9 (PHM/KHM) 3 Planstellen der BesGr A 8 (POM) und 1 Planstelle der BesGr A 7/6 (PM/PHW) | Einstimmig angenommen bei Enthaltung der F.D.P. |
| 2. | CDU | Kapitel 03 110 Titel 422 10 Erhöhung des Ansatzes von 2 246 311 400 um 30 000 000 DM auf 2 276 000 000 DM bei gleichzeitiger Ausbringung eines Haushaltsvermerks, wonach der Finanzminister ermächtigt ist, Planstellen der Besoldungsgruppe A 6 bis A 9 m. Z. m. D. im Rahmen eines vom Landtag zu genehmigenden Plans "Umsetzung Funktionsbewertung" bis maximal A 10 g. D. anzuheben. | Abgelehnt mit SPD gegen CDU bei Enthaltung F.D.P. |

| | | | |
|----|-----|--|---|
| 3. | CDU | <p>Kapitel 03 110 Titel 422 20</p> <p>Erhöhung der Stellen der BesGr A 6 für Polizeihauptwachmeister - Anwärterinnen und Anwärter - um weitere 750 von 980 Stellen bei gleichzeitiger Erhöhung der entsprechenden Einstellungsermächtigung</p> | <p>Abgelehnt mit SPD und DIE GRÜNEN gegen CDU bei Enthaltung F.D.P.</p> |
| 4. | SPD | <p>Kapitel 03 110 Titel 425 10</p> <p>Verlängerung von 83 kw-Vermerken um 1 Jahr zum 31.12.1993</p> | <p>Einstimmig angenommen bei Enthaltung F.D.P. und DIE GRÜNEN</p> |
| 5. | SPD | <p>Kapitel 03 350 Titel 422 10</p> <p>Erhöhung der Planstellen um 16 Stellen davon</p> <ul style="list-style-type: none"> 4 Planstellen der BesGr C 3 4 Planstellen der BesGr C 2 4 Planstellen der BesGr A 15 und 4 Planstellen der BesGr A 14 <p>Deckung:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Durch Absetzung von 16 Stellen bei der Finanzbauverwaltung 2. Bei Kapitel 03 350 Titel 427 10 in Höhe von 380 000 DM 3. Bei Kapitel 03 020 Titel 685 12 in Höhe von 80 000 DM 4. Bei Kapitel 03 020 Titel 685 70 in Höhe von 100 000 DM 5. Bei Kapitel 03 310 Titel 535 60 in Höhe von 200 000 DM 6. Bei Kapitel 03 610 Titel 538 00 in Höhe von 200 000 DM <p>(Die Einzelheiten zum Deckungsvorschlag Nr. 1 werden im Unterausschuß Personal beraten)</p> | <p>Einstimmig angenommen bei Enthaltung F.D.P.</p> |

F i n a n z m i n i s t e r i u m
des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage an den
Haushalts- und
Finanzausschuß des Landtags
Anlage zu Vorlagen 11/886
und 11/887

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1992
Einzelplan 03: Innenministerium

Anlage: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Einzelplan 03: Innenministerium

Anlage: Änderungen in den Haushaltsansätzen

| Kapitel Titel | Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen) | Ansatz nach- dem Entwurf DM | mehr (+) weniger (-) DM | Neuer Ansatz DM |
|------------------|--|-----------------------------------|-------------------------------|--------------------|
| 03 020 | Allgemeine Bewilligungen | | | |
| 685 12 179 | Zuschuß an das Institut für Kommunal- und Verwaltungswissenschaften | 400.000 | - 80.000 | 320.000 |
| 685 70 045 | Landeszuschüsse an die freiwilligen Hilfs- organisationen des Katastrophenschutzes | 7.845.000 | - 100.000 | 7.745.000 |
| 03 110 | Polizeibehörden und -einrichtungen | | | |
| 717 10 042 | Bauliche Erweiterung des Landeskriminal- amtes NRW - weitere Vorarbeitskosten - Verpflichtungsermächtigung: | 5.000.000 | - 500.000 | 4.500.000 |
| 793 00 042 | Neubau für den Schutzbereich Nord des Polizeipräsidenten Gelsenkirchen - weitere Vorarbeitskosten - Verpflichtungsermächtigung: | 500.000 | + 500.000 | 1.000.000 |
| 03 310 | 5 Regierungspräsidenten | | | |
| 535 60 049 | Kosten der Vertragsunternehmen | 31.725.900 | - 200.000 | 31.525.900 |

| Kapitel Titel | Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen) | Ansatz nach dem Entwurf DM | mehr (+) weniger (-) DM | Neuer Ansatz DM |
|------------------|--|----------------------------------|-------------------------------|--------------------|
| 03 350 | <u>Fachhochschule für öffentliche Verwaltung</u> | 3.442.000 | - 380.000 | 3.062.000 |
| 427 10 133 | Vergütung für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit | | | |
| 03 610 | <u>Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik</u> | 6.900.000 | - 200.000 | 6.700.000 |
| 538 00 014 | Ausgaben für Datenverarbeitung durch Dritte | | | |
| | <u>Abschluß Einzelplan 03:</u> | | | |
| | Einnahmen: | 408.733.800 | - | 408.733.800 |
| | Ausgaben: | 4.763.007.200 | - 960.000 | 4.762.047.200 |
| | Verpflichtungsermächtigungen: | 199.400.000 | - | 199.400.000 |